

Franz Segbers

## **Demokratie und Sozialstaat. Gedanken und Anfragen zur aktuellen Kritik**

Nürnberg 24. April 2010

### **Gliederung**

**These 1: Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die soziale Krise, dass es Armut und Arbeitslosigkeit in einem reichen Land gibt, sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.**

**These 2: Wir brauchen eine Erneuerung des sozialstaatlichen Diskurses. Der Sozialstaat ist der Schlüssel zur Regulierung des Kapitalismus.**

**These 3: Maßstab für Reformpolitik ist Gerechtigkeit: Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen**

**These 4: Der Sozialstaat ist mehr als ein Almosenstaat für die Bedürftigen. Er setzt auf sozialen Ausgleich durch staatliches Handeln und nimmt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft dafür in Anspruch.**

**These 5: Reformen des Sozialstaates müssen die soziale Grundlegung der Demokratie stärken. Der gegenwärtige Sozialstaat mutet den Bürgern/ Bürgerinnen zu wenig Solidarität zu. Eine andere Reformpolitik ist nötig, welche die Solidarität ausweitet.**

**These 6: Die Reformen, die anstehen. Nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus scheint die angemessene Antwort auf die Krise zu sein. Es geht um den Ausbau der sozialstaatlichen Grundlegung der Demokratie geht.**

Ein Gedankenspiel:

Was wäre, wenn es diese fast 8 Millionen Hartz IV Empfänger nicht da wären?  
Braucht man diese Arbeitslosen überhaupt? Guido Westerwelle scheint jetzt der Meinung zu sein, wir hätten es mit überflüssigen Menschen zu tun, die nur Geld kosten. Sollen sie doch wenigstens Schnee schippen!

Wer so redet, der gefährdet die Demokratie. So wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird, wenn die Gerichte abgeschafft werden, wird die Demokratie ausgehöhlt, wenn die

soziale Grundlegung der Demokratie ausgehöhlt wird. Wir haben es also nicht mit Problemen zu tun, die Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger haben, sondern der demokratische und soziale Rechtsstaat selber steht auf dem Spiel. Wenn die soziale Grundlage fehlt, dann ist Demokratie am Ende.

**These 1: Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die soziale Krise, dass es Armut und Arbeitslosigkeit in einem reichen Land gibt, sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.**

Es geht nicht allein um die Finanz- und Wirtschaftskrise: Wir haben es mit einem Bündel von Krisen zu tun – der Finanzkrise, der Wirtschaftskrise, der Umweltkrise, der Sozialstaatskrise und eine Krise der anständigen Arbeit. Diese Krisen haben eines gemeinsam: Sie sind das Ergebnis einer verfehlten Politik, die sich an neoliberalen Grundsätzen ausgerichtet hat. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die soziale Krise, dass es Armut und Arbeitslosigkeit in einem reichen Land gibt, sind die beiden Seiten der gleichen Medaille. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen: Der neoliberale Marktfundamentalismus, der seit zwei Jahrzehnte die Politik geprägt und das Denken bestimmt hat, ist gescheitert. Das heißt aber nicht, dass er am Ende ist, denn für viele waren die letzten Jahre eine goldene Zeit.

Es geht nicht um einzelne Banker, die zu gierig gewesen sind, sondern um ein ganzes System, das ums Goldene Kalb tanzt. Der Novartis Chef Daniel Vasella hat seit Jahren eine Rendite von 25 Prozent als Minimum bezeichnet. Der Bayer-Chef Werner Wenning hat für 2007 als operatives Renditeziel 24 Prozent genannt und erklärt für den Gesundheitssektor die Marge auf 28 Prozent zu steigern. Porsche hat 2008 einen Gewinn, der den Umsatz übersteigt. Dazu tritt eine neue Radikalität des Managements. Warum sich mit 15 Prozent Eigenkapitalrentabilität begnügen, wenn doch 25 Prozent erreichbar sind, etwa durch Outsourcing oder Arbeitsverdichtung? Wenn diese Renditeziele erreicht werden sollen, dann geht das nur, wenn Druck auf Arbeitnehmer, auf Sozialstandards, Steuern etc ausgeübt wird. Jeder fünfte Arbeitnehmer arbeitet im Niedriglohn; die Arbeitszeiten werden wieder verlängert und befinden sich mit 42,7 Stunden für Männer wieder auf dem Stand von 1982; Hartz IV ist staatlich verordnete Unterversorgung von armen Menschen. Gute, existenzsichernde Arbeit, ein ausgebauter Sozialstaat und eine ausreichende

Finanzierung Sozialer Dienste, die Dienste für die Wohlfahrt der Menschen sind, erscheinen als Kosten, die vom Gewinn der Unternehmen abgehen.

### **Der Staat ist nicht die Lösung sondern Teil des Problems**

Der Staat hat der Wirtschaft die Freiheit gegeben, die sie genutzt hat. Der Staat hat den Finanzmarktkapitalismus gefördert. Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Wenn die Finanzmärkte, die Aktionäre und Anleger bestimmen, welche Richtung die Politik einschlagen soll, heißt das: Löhne absenken, Lohnnebenkosten senken, Steuern senken. Das Ergebnis ist, dass sich seit 1998 die Zahl der Vermögensmillionäre auf 800.000 verdoppelt hat. Die Regierungen waren gar nicht mehr stark genug oder willens, sich diesem Druck der international operierenden Finanzmärkte zu widersetzen. Im Mai 2008 hat Bundespräsident Köhler mit deutlichen Worten zur Finanzkrise Stellung bezogen: „Jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken gewiesen werden muss.“ Der Markt für innovative Finanzprodukte in Deutschland wurde durch eine Koalition aus SPD, Grünen, CDU und FDP aktiv bereitet. In den Bilanzen von Landesbanken und KfW sollten ebenjene Verbriefungsgeschäfte allerdings bald zu schwarzen Löchern werden. Dass die staatseigenen Unternehmen allesamt eine ähnliche Risikostruktur aufwiesen war auch kein Zufall, denn das Finanz- und Wirtschaftsministerium hatten die ABS den deutschen Staatsbanken schöngeredet und massiv gefördert. Die Finanzkrise keineswegs wie ein Unwetter aus den USA über uns hereinbrach, sondern dass die deutsche Regierung massiv an den Ursachen beteiligt war, so etwa durch

- das vierte Finanzmarktförderungsgesetz (2001)
- das Investmentmodernisierungsgesetz der Bundesregierung, das Hedge Fonds in Deutschland zuließ
- der massiv durch die Regierung geförderte Verbriefungsmarkt mit seinen “Asset Backed Securities” (ABS), der eine Art Brandbeschleuniger der Finanzkrise war

- die Befreiung der den Verbriefungen zwischengeschalteten Zweckgesellschaften von der Gewerbe- und der Umsatzsteuer
- Koalitionsvertrag (2005): "Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ist ein international wettbewerbsfähiger 'Finanzplatz Deutschland'. (...) Der deutsche Finanzmarkt besitzt ein großes Potential, das unter Beachtung der ständigen Fortentwicklung der globalen Finanzmärkte in der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden soll. (...) Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für neue Anlageklassen in Deutschland schaffen. Hierzu gehören: der Ausbau des Verbriefungsmarktes, - die Erweiterung der Investitions- und Anlagemöglichkeiten für Public-Private Partnerships." Weiter heißt es, man wolle eine Finanzmarktaufsicht "mit Augenmaß".

Die unternehmerischen Freiheiten der Kapitalmarktakteure wurden aktiensteuer- und unternehmensrechtlich erweitert. Die Kehrseite der steigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration waren stagnierende Masseneinkommen. Hierzulande stiegen die Realeinkommen der Beschäftigten nicht einmal mehr im Aufschwung. Hohe Einkommen und Vermögen wurden steuerlich gepflegt. Die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Daseinsvorsorge erweiterte das Anlagespektrum auf den Finanzmärkten. Die Gewerkschaften wurden durch die politische Deregulierung und Prekarisierung des Arbeitsmarktes geschwächt.

Wie die Große Depression in den USA, so wird auch die aktuelle Weltwirtschaftskrise nur zu überwinden sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger sehen, dass sie ein einem halbwegs faires Wirtschaftssystem und einen Sozialstaat wollen. Das Pendel, das mit dem Sieg des Neoliberalismus und den „aktivierenden“ Sozialreformen in die eine Richtung geschwungen ist, muss nun wieder zurückschwingen! In den einzelnen Ländern kann ein solcher Politikwechsel unterschiedlich ausbuchstabiert werden - in den USA vielleicht durch Einführung einer Krankenversicherungen, wie sie Obama jetzt auf den Weg gebracht hat, in Deutschland durch einen Ausbau des Sozialstaates und die Stärkung der Gewerkschaften, damit der gesellschaftliche

Reichtum wieder gerecht verteilt werden kann und nicht allein den Kapitaleigner zufließt.

**These 2: Wir brauchen eine Erneuerung des sozialstaatlichen Diskurses. Der Sozialstaat ist der Schlüssel zur Regulierung des Kapitalismus.**

Die Krise ist keine rein ökonomische Krise. Sie ist auch eine Krise der bislang herrschenden Ideologie und Politik. Die Krise bietet eine historische Chance, einen entfesselten Kapitalismus durch den Sozialstaat reformpolitisch zu zivilisieren. Diese historische Krise ist eine historische Chance für eine soziale und ökologische Reformpolitik. Wir brauchen eine gesellschaftliche Einbettung der Ökonomie. Es müssen deshalb die zivilgesellschaftlichen Kräfte und die Gewerkschaften gestärkt werden, damit eine demokratische Aneignung des Finanzmarktkapitalismus organisiert werden kann.

Meinhard Miegel versucht sich in seinem Bändchen „Deformierte Gesellschaft“ als ein Mann, der es wie kein anderer wagt, die Wahrheit zu sagen. Er spricht von einer Kapitulation in allen sozialstaatlichen Ländern. Nirgendwo werde man mehr der Geister Herr, die der Sozialstaat gerufen habe. Die Politik verschleierte ihre wahren Absichten, wenn sie von Umbau des Sozialstaates spreche. „Dabei wissen die Kundigen, dass dieser Begriff nur der Gesichtswahrung von Traditionalisten und Sozialpolitikern alter Denkweise dient und im Übrigen einen Epochenwechsel verniedlichen soll. In Wahrheit geht es um einen massiven Rückbau und teilweise Abriss. Mir der Beseitigung von hübschen Schnörkeln und Zierrat oder imposanten Balustraden und Erkern ist es nicht getan. Ganze Stockwerke, in denen sich manche häuslich eingerichtet haben, sind abzutragen. Wer will, kann das Umbau nennen, nur sollte allen Beteiligten klar sein, dass es nach Abschluss der Arbeiten den heute vertrauten Sozialstaat nicht mehr geben und etwas anderes an seiner Stelle getreten sein wird.“ (S.224f.)

Die entscheidende Frage lautet: Woran wollen wir uns orientieren, damit aus dem Umbau des Sozialstaates nicht eine Entkernung des Altbaus wird? Deshalb brauchen wir dringend eine Erneuerung des sozialstaatlichen Diskurses. Die Reformen der letzten Jahre haben den Blick auf die tatsächlichen Reformfelder und die wirklich relevanten Zukunftsfragen verstellt. Jetzt zeigt sich, dass die Agenda

2010 und Hartz IV keines der Probleme gelöst hat. Die Arbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt, die Armut stieg und es gibt immer mehr Menschen, die arbeiten und arm sind. Es war ein Reformspektakel.

Die Kernfrage einer demokratischen Gesellschaft, die über die eigene Zukunft reflektiert, lautet: Wie wollen wir leben? Sie lautet nicht: Was ist gut für die Unternehmen und das Wirtschaftswachstum? Was für die Unternehmen gut ist, ist eine sekundäre Frage, denn zunächst muss ein Gemeinwesen die Kriterien für ein gutes Leben aushandeln. Erst dann ist die Frage zu beantworten, was denn der Einzelne und was die Wirtschaft für dieses gute Leben beitragen kann.

Wie wollen wir leben? Das Wesen pluralistischer Gesellschaften besteht darin, dass Einzelinteressen und gesamtgesellschaftliche Interessen ausgeglichen werden. Dieser Konsens wird beschädigt, wenn die partikulären Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe den Ausschlag geben, etwa die der Unternehmen. Wenn Reformaufgaben nur ökonomisch gesehen wird, dann wandert der Blick auf Pleiterekorde, Massenarbeitslosigkeit, Lohnnebenkosten und nicht in den Blick kommen die zunehmende Spaltung zwischen arm und reich, die Niedriglöhner, die ökologischen Schäden unserer Lebens- und Wirtschaftsweise. Bedenkt man dies mit, dann bekommen wir eine ganz andere Antwort auf die Kernfrage: Wie wollen wir leben? Gehört es dann nicht zu der Antwort zu sagen: Wir wollen in einer intakten Umwelt leben, in einer friedlicheren Welt, in welcher der Wohlstand möglichst gerecht verteilt allen zugute kommt. Wir wollen, dass Menschen ein Einkommen haben, mit dem sie auskommen können, um eine gute Basis für gelungene zwischenmenschliche Beziehungen leben zu können. Wir brauchen mehr soziale Sicherheit, gerade angesichts eines flexiblen Kapitalismus. Kurz gesagt: Deutschland ist ein Ort, wo Menschen leben und nicht eine möglichst profitabel zu gestaltende Investitionsstätte. Wir müssen über das Wohlergehen der Menschen und nicht nur über die optimalen Standortbedingungen für Unternehmen reden.

### **These 3: Maßstab für Reformpolitik ist Gerechtigkeit: Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen**

Seit dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts präsentiert sich Guido Westerwelle als der einzige Politiker mit Durchblick, als der, der die Wahrheiten offen

ausspricht und der das Rezept dafür hat, um den Sozialstaat zurechtzustreichen. Mit unzuträglichen Zuspitzungen und mit Rüpeleien gegen die Armen hat er geglaubt „Neuland“ zu entdecken. Erreicht hat er immerhin, dass sich das öffentliche Augenmerk weniger auf das trübe Erscheinungsbild der FDP richtet, sondern allgemein darüber diskutiert wird, ob der Sozialstaat grundlegend reformiert werden muss.

Der Sozialstaat gehört zum Kostbarsten, was diese Republik geschaffen hat. Der Sozialstaat ist das Dach, das Menschen vor den Stürmen und dem Hagelschlag des Kapitalismus schützt. Darüber lästern kann nur der, wer keine Dach braucht. Damit verträgt es sich nicht, wenn immer mehr Menschen ausgegrenzt werden, wenn die deutsche Gesellschaft wieder zur Klassengesellschaft wird, wenn eine steigende Zahl von Kindern in Armut aufwächst. Soziale Rechte sind Rechte auf Teilhabe, sie sollen den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft wahren und sie vor Verwahrlosung bewahren. Dies verlangt auch, den Sozialstaat so zu pflegen, dass er den Stürmen standhält, keinen Regen durchlässt und schützt.

Weil das Leben ungerecht beginnt und ungerecht endet, und dazwischen auch ungerecht zugeht, brauchen wir den Sozialstaat. Der eine wird mit dem silbernen Löffel geboren, der andere in irgendeiner Hochhaussiedlung. Der eine wächst auf mit Büchern, der andere mit Drogen. Der eine hat bei der Lotterie der Natur das große Los gezogen, der andere zieht die Niete. Der eine ist sein Leben lang gesund, der andere wird mit einer schweren Behinderung geboren. Das Schicksal teilt ungerecht aus. Die Natur ist ein Gerechtigkeitsrisiko. Damit diese Lotterie aber nicht das ganze Leben bestimmt, braucht es den Sozialstaat. Der Sozialstaat ist also Schicksalskorrektor.

Zum Sozialstaat gehört auch, dass Bedürftigen ein Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gegeben hat. Die von Guido Westerwelle ausgelöste wilde Diskussion nach dem Urteil hat das nicht erfasst oder nicht erfassen wollen. Das Karlsruher Urteil weist dem Sozialstaat eine zupackende Aufgabe zu. Ein Sozialstaat, so sagt das Gericht, ist nicht schon automatisch dann ein guter Sozialstaat, wenn er viel Geld für das Soziale ausgibt; es muss dahinter ein klares Konzept stecken, das mit nachvollziehbaren Berechnungen auch Rücksicht nimmt auf den Einzelfall. Die höchsten Richter haben die Politik kritisiert, die uninteressiert und schludrig die Gesetzgebung zumal die Beträge für Kinder in armen Verhältnissen festgesetzt hat. Wenn der Staat schon nicht dafür sorgen kann, dass alle Kinder in

geordneten Verhältnissen geboren werden, dann muss er wenigstens dafür sorgen, dass sie die Förderung erfahren, die sie brauchen. Der Sozialstaat als Schicksalskorrektor.

Dieses Urteil ist der Beitrag des höchsten deutschen Gerichts zum Auftakt des "Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung". Dieses EU-Jahr 2010 läuft hierzulande unter dem Motto: "Mit neuem Mut". Der Mut der Bundesregierung darf nicht darin bestehen, Auswege zu suchen, um die Karlsruher Entscheidung zu unterlaufen und die Grundsicherung so kleinzurechnen, damit man den Wohlhabenden Steuergeschenke machen kann. Selten ist ein höchstrichterliches Urteil in der sich anschließenden politischen Diskussion so umgedreht worden wie das Hartz-IV-Urteil. Guido Westerwelle hat die Hartz-IV-Empfänger rundweg als Faulpelze beschimpft, die nach „anstrengungslosem Wohlstand“ trachten.

Wohlstand. Den so Beschimpften fehlen nicht nur Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung, es fehlt ihnen die Kraft, sich zu wehren und sich zu organisieren. Es gibt Hartzler, die es sich in sozialer Verwahrlosung irgendwie eingerichtet haben und den Staat als Zapfanlage betrachten. Die schlechteste Reaktion darauf ist es, wenn der Unmut darüber sich auf alle Hartz-IV-Empfänger ergießt.

Die Armut in Deutschland ist eine andere als die im 19. Jahrhundert; es gibt keine arme Klasse mehr, die sich kämpferisch zusammenschließen könnte wie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert dies getan haben. Den Armen von heute fehlt das Sprachrohr, das einst für die Arbeiterklasse die Gewerkschaft war; ihnen fehlen der Stolz, das Selbstbewusstsein, das Zusammengehörigkeitsgefühl; jeder ist für sich allein - relativ arm dran.

Armut hat heute viele Gesichter: da ist der arbeitslose Akademiker; da ist der Gelegenheitsarbeiter und der wegrationalisierte Facharbeiter; da ist die alleinerziehende Mutter, die den Sprung ins Berufsleben nicht mehr schafft; da ist die Supermarkt-Kassiererin auf Stundenbasis; da sind die Langzeitarbeitslosen, da sind die schon immer Zukurzgekommenen am Rand der Gesellschaft; da sind die Einwandererkinder, die nicht aus dem Ghetto herauskommen. Für sie alle hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil geschrieben.

Das Urteil aus Karlsruhe, das den Sozialstaat rehabilitiert hat, ist die Langfassung eines Satzes, der in der Präambel der Schweizerischen Verfassung von 1999 steht: „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.“ Das ist ein durchaus



mutiger Satz, weil diese Stärke gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen die Stärke von Volk und Staat am Wachstum, am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Zu wenige reden von der Stärke eines Volkes, wenn es darum geht, menschenwürdige Mindestlöhne durchzusetzen. Zu wenige reden vom starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben, etwas gegen die Langzeitarbeitslosigkeit zu tun und die Sozial- und die Bildungspolitik gut miteinander zu verknüpfen.

Eine Reformpolitik, die sich am Sozialstaat ausrichtet, wie ihn die Richter erneut in Erinnerung gerufen haben, bekäme die Aufgabe, dazu beizutragen, dass die Lebensqualität aller Menschen sich bessert. Reformen sind um der Menschen willen da, so hat der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber seine programmatische Rede zur Reformpolitik betitelt. „Das Ziel besteht darin, das Leben der Menschen sicherer zu machen, ihnen Zuversicht für die eigene wie für die gemeinsame Zukunft zu geben.“ Reformen müssen deshalb an diesem Ziel dadurch gemessen werden, ob sie den Menschen einen erkennbaren und nachvollziehbaren Gewinn an Zukunftsgewissheit, an Lebenssicherheit und an Freiheitschancen vermitteln.

Es ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wenn ein Staat für menschenwürdige Lebensbedingungen eintritt und sich - wie das Bundesverfassungsgericht 1976 feststellte – zu einem „Ausgleich der sozialen Gegensätze“ und zur Herstellung „einer gerechten Sozialordnung“ verpflichtet. Diese Verpflichtung des Staates für einen sozialen Ausgleich, für Solidarität und soziale Gerechtigkeit prägt das europäische Sozialmodell und grenzt es zugleich vom amerikanisch-angelsächsischen Konzept ab. Seit den 90er Jahren ist eine schleichende Umstellung in der europäischen Politik zu beobachten.

**These 4: Der Sozialstaat ist mehr als ein Almosenstaat für die Bedürftigen. Er setzt auf sozialen Ausgleich durch staatliches Handeln und nimmt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft dafür in Anspruch.**

Der Sozialstaat stellt nicht nur Tafeln oder Suppenküchen auf, er erschöpft sich also nicht in der Fürsorge für Benachteiligte; er zielt auch auf den Abbau der strukturellen Ursachen für die Benachteiligung. Er ist der Handausstreckter für die, die eine helfende Hand brauchen. Er ist der große Ermöglicher. Er gibt den Armen nicht nur

Bett und Dach, sondern ein Fortkommen aus der Armut. Nicht die freie Entfaltung des Kapitals ist das Anliegen der bürgerlichen Freiheitsrechte, sondern die freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Einzelnen. Deshalb gehören bürgerliche Freiheitsrechte und soziale Rechte auf zusammen. Eine Umverteilung von oben nach unten zum Zweck der sozialen Grundsicherung aller Bürgerinnen und Bürger und zur Herstellung annähernd gleicher Chancen und Lebensbedingungen ist kein sozialistischer Restposten, keine Sozialklimbim und kein Gedöns, sondern demokratisches Recht, für das der Staat einzutreten hat. Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit.

Auf welchen Voraussetzungen beruht der Sozialstaat? Die Grundüberzeugung, die dieser Vorstellung vom Leben und Zusammenleben der Menschen zugrunde liegt, ist eine Gewissheit, die Europa tief geprägt hat. Sie geht zurück auf biblisches und christliches Denken. Deshalb sagt der Sozialphilosoph Hauke Brunkhorst in seinem Buch „Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft“: „Europa begann in Jerusalem.“ Was aber begann dort genau? – Die Brüderlichkeit – Geschwisterlichkeit - so möchte ich etwas umständlich sagen, drückt die Hoffnung auf eine Form menschlichen Zusammenlebens aus, in der die Menschen als Menschen und zwar ohne Vorleistungen oder Vorbedingungen, ohne Unterscheidung von Klasse, Rasse, Herkunft geachtet werden und Rechte haben. Ob jemand arm, versklavt oder fremd ist, als Fremder, als Sklave und als Armer ist er immer schon ein Bruder und deshalb in der gleichen Rechtsposition. Geschwisterlichkeit ist nicht Barmherzigkeit und Solidarität keine Gnade, sondern ein Recht. Wenn diese Grundüberzeugung verloren geht, gibt es kein Motiv mehr für eine Begründung des Sozialstaates.

Diese Grundideen hatten Folgen: Der Sozialstaat ist nicht ein Almosenstaat nur für die wirklich Bedürftigen, sondern sorgt durch eine aktive, gestaltende Sozialpolitik für den sozialen Ausgleich, nimmt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft für die Finanzierung des Sozialstaates in Anspruch und räumt den Wohlfahrtsverbänden eine wichtige Rolle als Träger sozialstaatlicher Aufgaben ein.

**These 5: Reformen des Sozialstaates müssen die soziale Grundlegung der Demokratie stärken. Der gegenwärtige Sozialstaat mutet den Bürgern/ Bürgerinnen zu wenig Solidarität zu. Eine andere Reformpolitik ist nötig, welche die Solidarität ausweitet.**

Den Sozialstaat neu erfinden will Westerwelle. Angesichts der Tonlage, in der das gesagt wird, kann man das als Drohung verstehen. Die letzte „Neuerfindung“ des Sozialstaats durch Bundeskanzler Gerhard Schröder hat weder zum Besseren und Gerechteren, noch zu Kostenersparnissen geführt, sondern zu mehr Armut und viel Verdruss. Der Sozialstaat muss nicht neu erfunden, er muss ordentlich gestaltet, berechnet und gut gepflegt werden; das Urteil des Verfassungsgerichts ist dafür ein guter Plan; dieses Urteil "erfindet" nichts, es findet aber die heutigen Schwachstellen.

Zu diesen Schwachstellen gehört durchaus die, auf die sich Guido Westerwelle kapriziert hat: Es ist ein Problem auch des Sozialstaates, wenn Menschen, die arbeitslos sind, zum Teil mehr Geld erhalten als die, die arbeiten. Es ist ein Problem, wenn Arbeit sich quasi nicht mehr rentiert. Westerwelle & Co. meinen, schuld daran seien nicht die niedrigen Arbeitslöhne, sondern die zu hohen Sozialleistungen. Die Abwärtsspirale in die Not ist aber nicht dadurch zu stoppen, dass die Sozialleistungen für diejenigen, die keine Arbeit haben, gekürzt werden. Das macht die Niedriglöhner nicht reicher, das senkt zudem ihre Ansprüche auf Sozialleistungen, mit denen der Niedriglohn aufgestockt wird - und das ermutigt Arbeitgeber, die Niedriglöhne noch weiter zu senken. Was würde dann passieren? Die Arbeitgeber würden natürlich Kosten sparen - und zugleich würde der Staat entlastet, weil er (nach der Logik, dass der, der arbeitet, mehr haben muss als der, der nicht arbeitet) seine Sozialleistungen noch weiter absenken müsste. Das alles endet in der Asozialität. Aus dieser Armutsfalle heraus führt nur der Weg, den zwanzig Mitgliedsstaaten der EU schon gegangen sind: die Einführung von Mindestlöhnen, die einen Abstand zwischen den unteren Löhnen und dem staatlich garantierten Existenzminimum sicherstellen. Demokratie und Sozialstaat gehören zusammen. Die Bürger in einer Demokratie brauchen Ausbildung und Auskommen, sie brauchen eine leidlich gesicherte Existenz. Das Leben wird weiterhin ungerecht beginnen und es wird ungerecht enden. Dass es dazwischen einigermaßen gerecht zugeht - dafür gibt es den Sozialstaat.

In der Sozialpolitik versichert sich eine Gesellschaft ihrer grundlegenden Solidarität. Reformen dienen also nicht dem Ziel, die Funktionssysteme sicherer zu gestalten, nicht dem Ziel, das Rentensystem oder das Gesundheitssystem zu stabilisieren. Es muss sich bei der Reform vielmehr zeigen, dass die Gesundheitsreform oder die Rentenreform das Leben sicherer macht.

Unter dieser Perspektive ist festzustellen, dass das Hauptproblem der Sozialstaatskrise darin liegt, dass der real existierende Sozialstaat zu wenig Menschen in die Solidarität einbezieht und einer Gesellschaft zu wenig Solidarität zumutet. Um diese zu garantieren, müssen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht nur gleiche Rechte gewährleisten, sondern auch die materiellen Voraussetzungen, um ihre gleichen Rechte verwirklichen zu können. Wie sie für die Gewährleistung gleicher Rechte den Rechtsstaat "brauchen", so "brauchen" sie für die Gewährleistung dieser materiellen Voraussetzungen den Sozialstaat. Der demokratische Sozialstaat ist also Instrument der Solidarität zwischen Bürgerinnen und Bürgern, um sich wechselseitig in die Lage gleichberechtigter Teilhabe zu versetzen. Zentral wird sein, die Reichweite der Solidaritätsgrundlagen zu erweitern. Der Sozialstaat braucht eine demokratische Begründung – im doppelten Sinn. Der demokratische Sozialstaat setzt dazu alle Bürgerinnen und Bürger in das Recht auf sozialstaatliche Unterstützung - und nimmt sie alle im Gegenzug bei der Finanzierung seiner Ausgaben in die Pflicht. Der Staat hat deshalb nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht für die sozialstaatlichen Aufgaben auch jene Mittel über Steuern zu besorgen, die er braucht, um die Aufgaben erledigen zu können. Gegenüber dem Jahr 2000 hat der Staat durch Steuersenkungspolitik auf Einnahmen in Höhe von 80 Mrd. Euro verzichtet. Gegenüber Frankreich haben die öffentlichen Hände ca. 131 Mrd Euro Mindereinnahmen. Ausweitung der Solidarität bedeutet also, die Ertragskraft der Unternehmen, alle Bürgerinnen und aller Bürger mit allen Einkünften gerecht und fair an der Finanzierung des Sozialstaates zu beteiligen. In diesen Zusammenhang der inneren solidarischen Verfasstheit der Demokratie gehört auch die sozialstaatliche Aufgabe, der verteilungspolitischen Schieflage entgegenzuwirken, die nach den Ergebnissen des zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung, der in den nächsten Wochen veröffentlicht wird, drastisch zugenommen hat.

Der große Mann der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning hat auf diese innere solidarische Verfasstheit des Sozialstaats hingewiesen und zugleich betont, dass ein wertorientiertes Entscheidungshandeln nötig ist: „Wenn aber die Aussage, die Wirtschaft sei für den Menschen da und nicht der Mensch für das Wohlergehen der Wirtschaft, keine nichtssagende Leerformel sein soll, dann bedeutet die Befriedigung des Bedarfs nicht nur der in der Wirtschaft tätigen aktiven Generation, sondern auch der nicht und der nicht mehr Aktiven nicht ‚Kosten‘, die

vom Ertrag der Wirtschaft abgehen oder ihren Erfolg schmälern, sondern erfüllt genau den Zweck der Wirtschaft. ... Sinnvollerweise kann die Frage, was unser Sozialstaat ‚kostet‘, sich nur darauf beziehen, ob er uns *wert* ist, was er uns kostet. ... Der einzige gemeinsame Maßstab, in dem sowohl der Aufwand als auch der Ertrag im ganzen sich messen und miteinander vergleichen lassen, ist der ethische Wertmaßstab der Solidarität. Wer diesen Maßstab nicht in sich trägt, für den ist der Sozialstaat und die Frage, was er ‚kostet‘, *sinnlos*.“ (1982)

**These 6: Die Reformen, die anstehen. Nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus scheint die angemessene Antwort auf die Krise zu sein. Es geht um den Ausbau der sozialstaatlichen Grundlegung der Demokratie geht.**

Nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus scheint mir die angemessene Antwort auf die Krise zu sein. Wenn es um einen Ausbau der sozialstaatlichen Grundlegung der Demokratie geht, dann stellen sich ganz andere als die üblicherweise diskutierten Fragen:

- Wie kann die Sozialversicherung so weiterentwickelt werden, dass sie nicht mehr allein an den Arbeitnehmerstatus gebunden ist, sondern der Tatsache gerecht wird, dass die Erwerbssituation der Menschen brüchig geworden ist und sie eine Sicherheit in dieser Lage brauchen. Die IG Metall hat eine Erwerbstätigenversicherung in die Debatte eingebracht. Gerade Frauen erleben, dass Sicherheit außerhalb der unterstellten Normalexistenz von Familie und durchgehende Erwerbstätigkeit große Risiken hervorruft. Die Risiken prekärer Erwerbsverläufe müssen durch Grundsicherungsmodelle abgedeckt werden. Die großen sozialen Sicherungssysteme müssen zu einer Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden. Der Sozialstaat der Zukunft braucht ein ausgewogenes Verhältnis von Flexibilität, sozialer Sicherheit und Qualifizierung. Mindestlohn, Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Beschäftigungsstabilität. Deshalb muss die Perspektive gelten: Jeder muss von der Arbeit in Würde leben können und ohne Arbeit auch. Wie aber kann dann eine soziale Sicherung aussehen, die nicht mehr und ausschließlich an

Erwerbsarbeit gebunden ist? Deshalb brauchen wir einen Mindestlohn; und für die Opfer der Arbeitsmarktkrise ein existenzsicherndes Grundeinkommen.

- Wie kann die Arbeits- und Sozialverfassung reformiert werden, um den übermächtigen Zugriff der Arbeitswelt auf die gesamte Lebensführung zurückzudrängen und den Menschen mehr Autonomie einzuräumen? Arbeitszeitverkürzung ist angesagt.
- Wie kann die enge Verknüpfung von Arbeit und Einkommen gelockert werden, damit die Lebenschancen nicht allein vom Zugang zum knappen Gut Erwerbsarbeit entschieden werden? Reichtum und Arbeitslosigkeit entstehen im selben Akt. Dies hat zur Folge, dass Menschen überflüssig werden. Die Wirtschaft der Zukunft braucht Computer – nicht Menschen. Die derzeitigen Reformen drängen die Menschen auf Arbeitsmärkte, die jedoch nicht genügend Arbeitsplätze bereithalten. Sie zwingen sie deshalb dazu, Arbeit um jeden Preis und zu jedem Preis anzunehmen. Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit im Dienst am Menschen. Diese darf jedoch nicht als Restarbeit wie eine Dienstleistung zu Niedriglöhnen angeboten werden, während die Gewinner der Rationalisierung sich die großen Anteile am Sozialprodukt sichern. Es wimmelt nur so von unerledigten Aufgaben, die aber für ein Gemeinwesen entscheidend sind: Wie gehen wir mit Alten, Kranken, Behinderten und sozialen Minderheiten um? Hier müssen Beschäftigungsverhältnisse im weitesten Sinne des Wortes geschaffen werden, die für die Arbeitenden befriedigend und für die Gemeinschaft nutzbringend sind. Die sozialen Dienstleistungen sollten ausgebaut werden. Für Pflegekräfte ist vor wenigen Wochen ein Mindestlohn von 8,50 Euro vereinbart worden – das ist nach der Abfallwirtschaft mit 8,02 Euro und den Wäschereidienstleistungen von 7,51 Euro der niedrigste Mindestlohn, den es in Deutschland gibt. Achtung der Würde der Arbeit für alte und pflegebedürftige Menschen sieht anders aus!

Ein moderner Sozialstaat setzt auf Prävention. Qualifizierung und Weiterbildung müssen an die Stelle des fantasielosen Drucks durch Transferkürzungen und verschärfte Zumutbarkeit treten. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ist die Alternative zur passiven Finanzierung von Langzeitarbeitslosigkeit. Für die Finanzierung des zukünftigen Sozialstaates müssen Gewinn- und Vermögenseinkommen steuerlich stärker herangezogen werden.

Ein zukünftig stärkerer Sozialstaat wird sich nur durchsetzen lassen, wenn es zu einer weitergehenden Demokratisierung der Gesellschaft kommt. Jetzt ist der Zeitpunkt, um an die starke wirtschaftsdemokratische Tradition der deutschen Gewerkschaften anzuknüpfen und diese konzeptionell weiter zu entwickeln. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet dann ein Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, ebenso wie plurale Eigentumsformen, eine bessere Regulierung und makroökonomische Steuerung. Indem die Schranken gegen eine Vermarktung der Arbeit, nämlich das individuelle Arbeitsrecht und die Tarifautonomie gefestigt werden, lässt sich eine ausgewogene, tendenziell gleichmäßige Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung erzielen und die gesellschaftliche Kohäsion wiederherstellen.

Die entscheidende Stellgröße eines Neustarts jenseits des Finanzkapitalismus ist die Wiedergewinnung einer makroökonomischen Politik, die folgende Aspekte enthält:

- eine aktive Beschäftigungspolitik,
- eine beschäftigungsorientierte Geldpolitik,
- eine produktivitätsbezogene Einkommens- und Lohnpolitik sowie eine Finanzpolitik, die alle Einkommensbezieher und Vermögenseigentümer nach der Leistungsfähigkeit besteuert.

Umsteuern tut not. Deutschland ist ein reiches Land. Die finanziellen Möglichkeiten für wirkliche Reformen, die zu einer gerechteren und zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können, sind vorhanden. Es fehlt am politischen Willen, die Reformen aufzugreifen, die nötig sind. Weil in einer demokratischen Gesellschaft Bürgerinnen und Bürger wechselseitig verbunden sind, schulden sie sich einander, dass niemand ausgeschlossen sei. Das Recht auf politische Beteiligung gilt allen Bürger. Soziale Sicherheit ist das Fundament der Freiheit. Genau dies hatte der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann im Blick, als er zum 25. Jubiläum des Grundgesetzes sagte:

„Die Erfahrungen von Weimar haben gelehrt, dass wir beides - Rechtsstaat und Fürsorge – miteinander verbinden müssen. Soziale Grundlegung ist für die

Demokratie unerlässlich ... Soziale Sicherung gehört zur Grundausstattung aller Bürger in der Industriegesellschaft als sichtbarer Beweis praktizierter Solidarität.“